

**Satzung der Gemeinde Kalkhorst
über Stundung, Niederschlagung und Erlass von Ansprüchen der
Gemeinde Kalkhorst
vom 25.11.2004**

Aufgrund des § 5 der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg- Vorpommern in der Fassung der Bekanntmachung vom 08. Juni 2004 (GVOBl. M-V S. 250), seit dem 04. März 2004 geltende Fassung zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Mai 2004 (GVOBl. M-V S. 179), und des § 30 der Gemeindehaushaltsverordnung für das Land Mecklenburg - Vorpommern vom 27. November 1991 (GVOBl. M- V S. 454), zuletzt geändert am 28. Dezember 1995 (GVOBl. M- V S. 58), wird nach Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung der Gemeinde Kalkhorst vom 02.11.2004 und nach Anzeige bei der unteren Rechtsaufsichtsbehörde des Landkreises Nordwestmecklenburg am 12.11.2004, folgende Satzung der Gemeinde Kalkhorst über Stundung, Niederschlagung und Erlass von Ansprüchen erlassen:

**§ 1
Stundung von Ansprüchen**

- (1) Ansprüche der Gemeinde können auf Antrag ganz oder teilweise unter dem Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs gestundet werden, wenn besondere Gründe vorliegen, die eine Stundung (Hinausschieben des Fälligkeitstermins) rechtfertigen . Insbesondere dann, wenn die Einziehung der Fälligkeit eine erhebliche Härte für den Zahlungspflichtigen bedeuten und die sofortige Zwangsvollstreckung erfolglos sein würde, die Forderung aber nach der Stundung voraussichtlich eingehen wird. Eine erhebliche Härte ist dann anzunehmen, wenn der Zahlungspflichtige sich aufgrund ungünstiger wirtschaftlicher Verhältnisse ohne eigenes Verschulden vorübergehend in ernsthaften Zahlungsschwierigkeiten befindet bzw. im Fall der sofortigen Einziehung in diese geraten würde. Die Stundung kommt nicht in Betracht bei unzuverlässigen Schuldnern und wenn die Erfüllung der Forderung durch die Hinausschiebung der Fälligkeit gefährdet wird. Wird die Stundung durch Einräumung von Teilzahlung (Raten) gewährt, so ist vorzusehen, dass die jeweilige Restforderung sofort zur Zahlung fällig wird, wenn Termine für die Zahlung von zwei Raten nicht eingehalten worden sind.
- (2) Fälligkeitstermine sollen möglichst nicht über das laufende Haushaltsjahr festgesetzt werden.
- (3) Für gestundete Beträge sind, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist, Stundungszinsen in entsprechender Anwendung der Abgabenordnung zu erheben. Der Zinssatz kann je nach Lage des Einzelfalles herabgesetzt werden, insbesondere wenn sonst die Zahlungsschwierigkeiten verschärft würden. Von der Erhebung der Zinsen kann abgesehen werden, wenn der Schuldner in seiner wirtschaftlichen Lage schwer geschädigt oder sich der Zinsanspruch auf nicht mehr als 5,00 Euro belaufen würde.

(1) Ansprüche können gestundet werden:

- | | | |
|---------------------------------------|------|----------------|
| 1. vom / von der Kämmerer/in oder LVB | bis | 250,00 Euro, |
| für 1 Monat | bis | 2.500,00 Euro, |
| 2. vom Bürgermeister | bis | 1.000,00 Euro, |
| 3. vom Finanzausschuss | bis | 5.000,00 Euro, |
| 4. von der Gemeindevertretung | über | 5.000,00 Euro, |

(4) Die Stundungen sind in den Fällen, in denen es aus besonderen Gründen geboten erscheint, nur gegen Sicherheitsleistungen zu gewähren, insbesondere wenn Stundungen über einen Zeitraum von 2 Jahren hinausgehen und einen Betrag von 1.500,00 Euro übersteigen.

§ 2 Niederschlagung von Ansprüchen

(1) Ansprüche der Gemeinde können niedergeschlagen werden, wenn feststeht, dass die Einziehung keinen Erfolg haben wird oder die Kosten der Einziehung außer Verhältnis zur Höhe des Anspruches stehen. Die Niederschlagung bedarf keines Antrages des Schuldners. Eine Mitteilung an den Schuldner ist nicht erforderlich. Wird dennoch eine entsprechende Nachricht gegeben, so ist darin das Recht vorzubehalten, den Anspruch später erneut geltend zu machen. Eine Einziehung ist erneut zu versuchen, wenn sich Anhaltspunkte dafür ergeben, dass sie Erfolg haben wird.

(2) Durch die Niederschlagung erlischt der Anspruch nicht; die weitere Rechtsverfolgung wird daher nicht ausgeschlossen.

(3) Ansprüche können niedergeschlagen werden:

- | | | |
|-------------------------------|------|----------------|
| 1. vom/ von der Kämmerer/ in | bis | 100,00 Euro, |
| 2. vom Bürgermeister | bis | 500,00 Euro, |
| 3. vom Finanzausschuss | bis | 2.500,00 Euro, |
| 4. von der Gemeindevertretung | über | 2.500,00 Euro, |

(4) Niedergeschlagene Ansprüche sind in Abgang zu stellen, anhand einer von der Kämmererei zu führenden Liste laufend zu überwachen und bei Verbesserung der wirtschaftlichen Lage des Schuldners erneut in Zugang zu bringen.

Die Liste hat folgende Angaben zu enthalten:

1. Name und Wohnung des Schuldners,
2. Höhe des Anspruches,
3. Gegenstand (Rechtsgrund),
4. Zeitpunkt der Fälligkeit,
5. Zeitpunkt der Niederschlagung und Zeitpunkt der Verjährung.

§ 3 Erlass von Ansprüchen

(1) Ansprüche der Gemeinde können ganz oder zum Teil erlassen werden, wenn ihre Einziehung nach Lage des einzelnen Falles für den Schuldner eine besondere Härte bedeuten würde. Das gleiche gilt auch für die Rückzahlung oder Anrechnung von geleisteten Beträgen. Eine besondere Härte ist insbesondere abzunehmen, wenn sich der Schuldner in einer unverschuldeten wirtschaftlichen Notlage befindet und zu befürchten ist, dass die Weiterverfolgung des Anspruches zu einer Existenzgefährdung führen würde.

(2) Durch den Erlass erlischt der Anspruch.

(3) Ansprüche können erlassen werden:

- | | | |
|--------------------------------------|------|----------------|
| 1. vom/ von der Kämmerer/in oder LVB | bis | 25,00 Euro, |
| 2. vom Bürgermeister | bis | 250,00 Euro, |
| 3. vom Finanzausschuss | bis | 1.000,00 Euro, |
| 4. von der Gemeindevertretung | über | 1.000,00 Euro, |

§ 4 Ansprüche aus Vergleichen

Die in den vorstehenden Bestimmungen erteilten Ermächtigungen gelten auch für die Verfügung über privatrechtliche Ansprüche der Gemeinde im Wege eines Vergleiches.

§ 5
Gültigkeit anderer Vorschriften

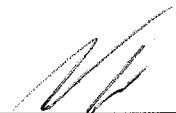
- (1) Vorschriften des Bundes oder des Landes über Stundung, Niederschlagung oder Erlass von Ansprüchen bleiben unberührt.
- (2) Die Bestimmungen dieser Satzung gelten auch für öffentlich- rechtliche und privatrechtliche Forderungen der Gemeinde, soweit für sie keine besonderen Vorschriften bestehen.

§ 6
In- Kraft- Treten

Diese Satzung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Mit gleichen Datum tritt die Satzung über die Stundung, Niederschlagung und Erlass von Ansprüchen der Gemeinde Elmenhorst vom 29.11.2001 und 21.03.2003 sowie der Gemeinde Kalkhorst vom 27.04.1994 außer Kraft.

Gemeinde Kalkhorst, 25.11.2004



(D. Neick)
Bürgermeister



Siegel -